

noch 127 Diözesan- und 154 Ordenspriester sowie 48 Brüder und 369 Schwestern. 63 Große Seminaristen bereiten sich auf den Priesterberuf vor (Fides, 6. 11. 76). Von allen Teilen des Landes kommen Bittgesuche, die Missionare möchten zurückkehren.

Ein Hirten Schreiben zur allgemeinen Lage und zur *pastoralen Neubestimmung* liegt in Angola noch nicht vor. Statt dessen haben sich die dortigen Bischöfe zunächst auf einen Hirtenbrief über Evangelisierung beschränkt, der einige Rückschlüsse auf die Lage zuläßt. Aus der Tagesordnung der letzten Bischofskonferenz (vgl. Fides, 11. 9. 76) geht außerdem hervor, welche Probleme die Kirche derzeit besonders beschäftigt. So bemühen sich die Bischöfe um die Klärung der Stellung von „Radio Ecclesia“, der katholischen Rundfunkstation, und der Rolle der Missionsinstitutionen im Wohlfahrtsbereich (Krankenhäuser, Landschulen usw.). Die pastorale und verwaltungsmäßige Reorganisation der Kirche in Angola, die Veröffentli-

chung einer Sonderausgabe der Bibel für das ganze Land, die Errichtung von Pfarrgemeinde- und Diözesanräten. Die Veröffentlichung eines Katechetischen Direktoriums und die finanzielle Lage der Kirche standen ebenfalls auf dem Programm. Außerdem entschieden die Bischöfe, daß kirchliche Feiertage, die nicht mit staatlichen Feiertagen zusammenfallen, auf den darauffolgenden Sonntag verlegt werden, ausgenommen Weihnachten und Neujahr.

In dem Hirtenbrief über „Evangelisierung in Angola“ wird unterstrichen, daß das Wirken der Kirche in erster Linie geistlicher Art sei. Für die sehr realen materiellen Probleme würden keine richtigen Lösungen gefunden, wenn die Katholiken nicht zugleich „den nicht weniger dramatischen Hunger beachten, der in der Unwissenheit über Gott und seine Wege besteht“. Gewarnt wird vor dem *wahllosen Import von Ideen* aus dem Ausland: „In ruhiger Aufmerksamkeit und im Gehorsam gegenüber dem

Geist Jesu möchten wir unseren eigenen Weg gehen, innerhalb des vertretbaren Pluralismus, wie er vom Heiligen Vater und vom Konzil dargestellt worden ist.“

Auch die angolanischen Bischöfe rufen zur Zusammenarbeit der Kirche mit der Regierung für das Wohl des Landes auf. Alle müßten hart arbeiten im Einklang mit den Worten der Nationalhymne: „Durch Arbeit einen neuen Menschen schaffen“. Verurteilt wird „maßlose Gewinnsucht im Geschäftsleben“ und „die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen“. Die Bischöfe beklagen die Welle von Gewalt und Haß und Unverstand, die noch in vielen Gebieten anzutreffen sei, und rufen zu Eintracht und Zusammenarbeit auf. Die Mitarbeit der Kirche versprechen sie vor allem bei der Erziehung, den Gesundheitsdiensten und bei der sozialen Wohlfahrt. Im Gegensatz zu Moçambique sind das Bereiche, in denen die Regierung ihre Wertschätzung für den Beitrag der Kirche ausgesprochen hat. N.S.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Religiöse Legitimation und politische Entwicklung

Die Folgen von Wertkonflikten zwischen Kirche und gesellschaftlichen Institutionen

Der hier folgende Text lag einem Vortrag zugrunde, den der Züricher Sozialpsychologe Professor Gerhard Schmidtchen in der Kath. Akademie Freiburg aus Anlaß 30 Jahre Herder-Korrespondenz (vgl. HK, Oktober 1976, 481 ff.) gehalten hat. Da das Thema über eine Frage religiöser Motivation politischen Verhaltens hinaus auch die gegenwärtige Diskussion über Grundwerte und öffentliche Meinung berührt, veröffentlichen wir den Text im Wortlaut.

Religion wird landläufig in guter Übereinstimmung mit älteren soziologischen Denktraditionen als integrativ empfunden. Im politischen Bereich gilt institutionalisierte Religion als einer der sozialen Stabilisatoren der Wahlscheidung. Kirchen gelten als die machtvollen Wahrerinnen traditionaler Denkmuster und Moralvorstellungen, so

daß jede Fortschrittshoffnung auf den Säkularisationsgedanken verwiesen ist. Religion gilt als Hindernis der sozialen Entwicklung.

Mit diesem theoretischen Konzept kann nicht einsehbar gemacht werden, daß die politische Entwicklung durch religiöse Orientierungssysteme und durch das Verhalten der religiösen Institutionen dynamisiert wird. Im naiven Aufklärungsverständnis bezeichnet die Säkularisationstheorie eine Entwicklungstheorie, derzufolge Gesellschaft einen Entkirchlichungsprozeß durchläuft, bis zu einem Endzustand, in dem sie alle Prärequisiten für das soziale Handeln und das Selbstverständnis autonom, gewissermaßen in der Regie institutionalisierter Vernunft, das ist Wissenschaft, selbst produziert. Diese Theorie, die mancherorts mit erheblichem antikirchlichem Affekt versehen

ist, erweist sich in ihrer Lehre vom Endzustand, in ihrer Eschatologie, selbst als eine Religionsparallele, erfüllt damit eher die Voraussetzungen einer gesellschaftlichen Erlösungslehre als die einer ernst zu nehmenden Sozialtheorie. Wenn wir Religion, in enger Berührung übrigens mit moderner Sozialphilosophie, als Gestaltung und Bewältigung jener grundlegenden existentiellen Probleme bezeichnen, die keine Wissenschaft verbindlich für uns lösen kann, wie das Akzeptieren des Daseins, das uns gegeben ist, samt seinen Dimensionen der Zeitlichkeit, der Stile und des moralischen Codes der sozialen Interaktion, des Aufbaus von personalen und geschichtlichen Identitäten, dann wird klar, daß Religion nicht verschwinden, sondern sich in ihrer Erscheinungsweise nur transformieren kann. Solange es imaginative, letztlich rein rational nicht begründbare Daseinsentwürfe und Lebensstile gibt, so lange existieren jene Glaubens- und Verständigungsvorgänge, jene gemeinschaftsbegründenden Rituale, die religiös zu nennen sind. Völlig unabhängig davon ist die Frage, ob all dies durch reine religiöse Institution gedeckt wird, also durch eine Institution, die die religiösen Vorgänge rationalisiert und kontrolliert. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß religiöse Legitimation einen Einfluß auf das politische Verhalten auch dann haben kann, wenn sich die Kontrollmacht der religiösen Institutionen verringert.

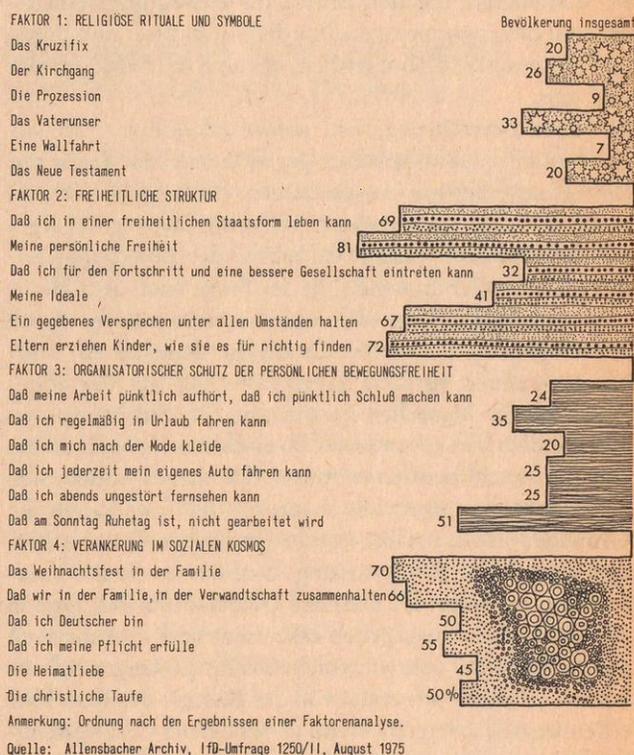
Metasysteme der Kommunikation

Jede Gesellschaft beruht auf Interaktionssystemen, die mindestens so produktiv sein müssen, daß der weitere Bestand gesichert bleibt. Die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft hängt davon ab, nach welchen Kriterien die Produktivität von Interaktionssystemen bewertet und aufgrund welcher Normen unproduktive Interaktionsnetze durch produktivere substituiert werden. Die Fähigkeit, Interaktionsnetze aufzubauen, hängt von der Produktion von übergeordneten Kommunikationsmitteln ab. Es sind Ziele, Werte, Normen und Legitimationen, ästhetische Regeln. Wir können von Metasystemen der Kommunikation sprechen.

Diese Superkommunikationsmedien erst begründen sinnvolle Interaktion, sie sorgen dafür, daß Partner in einem Interaktionszusammenhang sich ohne Meinungs austausch über zentrale Fragen unmittelbar akzeptieren können. Dies leisten Werte, über die ein breiter Konsens erreicht worden ist, oder anders ausgedrückt: etablierte Verständigungsmittel. Wenn ein wissenschaftlicher Kongreß tagt, so geschieht dies aufgrund eines institutionalisierten Vorverständnisses über den Wert und die Prinzipien wissenschaftlicher Aktivität. Ohne diese Metasysteme der Kommunikation kann ein sinnvoller Austausch, der dann auch für die Gesamtgesellschaft Bedeutung hat, nicht stattfinden. Sie bilden die Grammatik der sozialen Interaktion. Somit gehören die Metasysteme der Kommunikation zu jenen Faktoren der sozialen Organisation, die über die Produktivität der Gesellschaft entscheiden. Damit gewinnt die Frage der Herstellung und Änderung der Super-

kommunikationsmedien eine zentrale Bedeutung. Im Bewußtsein der an den Interaktionsprozessen Beteiligten figurieren diese Metasysteme der Kommunikation entweder als bloße Fraglosigkeit, Selbstverständlichkeit eines Handlungszusammenhangs oder bewußt auf einer reflexiven Ebene als Wertordnung und Moralsystem. Moral enthält gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen einer zentralen Wertordnung. Moral sagt, was man unter bestimmten praktischen Indikationen tun und lassen soll. Da alles Tun und Lassen Gegenstände von Wert einschließlich der Handlungen und Gefühle, auch des Körpers der Menschen, einbezieht, kommen wir zu dem Satz: Moral regelt den Gebrauch von Ressourcen. Der religiös zum Beispiel sehr begründete Satz, man solle kein Brot wegwerfen, war noch vor wenigen Jahrzehnten universell akzeptiert. Die ressourcenreiche, an Nahrungsmitteln reiche Gesellschaft hat diese Regel des Umgangs mit einer Ressource abgebaut. Heute würde man eher der Regel zustimmen, man solle sein Auto nicht verrostet lassen.

Das Heilige



Damit tritt die Frage nach der Struktur solcher Verständigungsmittel in Sicht. Man erfährt etwas darüber, wenn man sich nach sozialen Schutzbereichen erkundigt, nach dem, was Menschen nicht angetastet wissen möchten. Damit gewinnen wir eine soziologische Übersetzung dessen, was heilig ist. Max Weber sagte, das Heilige sei das spezifisch Unveränderliche. Damit sind jene in ihrem Wert fixierten Verhaltenschancen gemeint, über die eine soziale Verständigung erreicht worden ist. Wenn jemand heute eine Verpflichtung absagen muß, weil er sich nicht wohl fühlt, ohne mit einem massiven ärztlichen Attest aufwar-

ten zu können, wird diese Entschuldigung weniger gern akzeptiert, als wenn jemand darauf hinweist, er habe in dieser Zeit Ferien und könne deshalb keinen Termin wahrnehmen. Hier spürt man etwas von der Existenz jener sozial geschützten Bereiche, deren Verletzung nahezu nicht mehr möglich ist. Wo liegen also die Schutzbereiche unserer Zeit?

Die Frage, was als heilig empfunden wird, wurde den Auskunftspersonen mit 24 Antwortmöglichkeiten vorgelegt. In diesen Antworten sind, wie eine Faktorenanalyse zeigt, zunächst vier einfache Richtungen enthalten. Die Faktoren zeigen die innere Stimmigkeit der Antworten, nicht ihre quantitative Bedeutung. Der erste Faktor der größten Konsistenz der Antworten sind religiöse Rituale und Symbole, Faktor zwei kann genannt werden freiheitliche Struktur, der dritte Faktor ist Schutz der persönlichen Bewegungsfreiheit, der vierte Faktor Verankerung im sozialen Kosmos. Interessant ist, daß Weihnachtsfest und Taufe nicht im Bereich der religiösen Rituale auftauchen, sondern im Sozialen (vgl. Schaubild 1, S. 601).

Aus diesem Bild lassen sich wiederum zwei Superstrukturen extrahieren, nämlich einmal die Bewegungsfreiheit – das sind die zusammengefaßten Faktoren zwei und drei – und zweitens die Geborgenheit, das sind die Faktoren vier und eins.

In dieser Betrachtung wird sofort erkennbar, daß wir Strukturen des Biologischen gegenüberstehen. Jedes mit Bewegungsfähigkeit ausgestattete biologische Wesen braucht zur Realisierung und Aufrechterhaltung des eigenen Systems diese beiden Garantien der Bewegungsfreiheit und der Geborgenheit. In der Frage nach dem Heiligen erleben wir nun *die soziale Ausgestaltung dieser grundlegenden Garantien*. Damit ist zugleich ein vollkommen neuer Ausblick auf das Problem der Grundbedürfnisse der Menschen gekommen. Die Struktur dieser Grundbedürfnisse ist wesentlich einfacher als noch in den neuesten Sozialtheorien vermutet. Gleichzeitig erhebt sich damit aber die ungeheuer anspruchsvolle und durch die Grundbedürfnisse selbst überhaupt noch nicht entschiedene Frage ihrer Ausgestaltung. Und das ist die *unmittelbar religiöse Frage*. Da ähnliche Grundstrukturen auch in den politischen Ansprüchen erkennbar sind – gerade auch im Hinblick auf sehr unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten –, können wir etwas von der Energie der Konflikte erkennen, die auftreten, wenn verschiedene Lösungsmöglichkeiten miteinander konkurrieren.

Kirche als Legitimationsinstanz

Vor dem Hintergrund dieser Befunde kann weiter verständlich gemacht werden, was *Legitimation* ist. Es handelt sich um *Rechtfertigung durch Bezug auf ein sozial durchgesetztes Verständigungsmittel*. Diese Rechtfertigung wird sozial um so wirksamer sein, je stärker das Verständigungsmittel institutionalisiert ist. Die Institutionalisierung kann entweder formell oder informell erfolgen durch Konsens, der im Alltag praktiziert ist und der damit

die Evidenz des Unumstößlichen bekommt. Legitimation entlastet den Handelnden von den Konsequenzen seines Tuns, die Legitimation ist wirksame Handlungsbegründung, die von der Frage, warum man so gehandelt hat, von vornherein befreit und jede Schuldzurechnung ausschließt. Der Legitimierte hat Anspruch darauf, daß alle Beteiligten, daß die Gesellschaft, die Institutionen sein Handeln ohne Rückfrage gelten lassen. Damit verleiht Legitimation ein gutes Gewissen. Dies wird nur dann kritisch, wenn die Legitimationsbasis selbst vom Standpunkt einer allgemeineren Moral her fragwürdig ist. Dann haben wir den klassischen Fall, daß mit gutem Gewissen Repression und Gewalt ausgeübt werden.

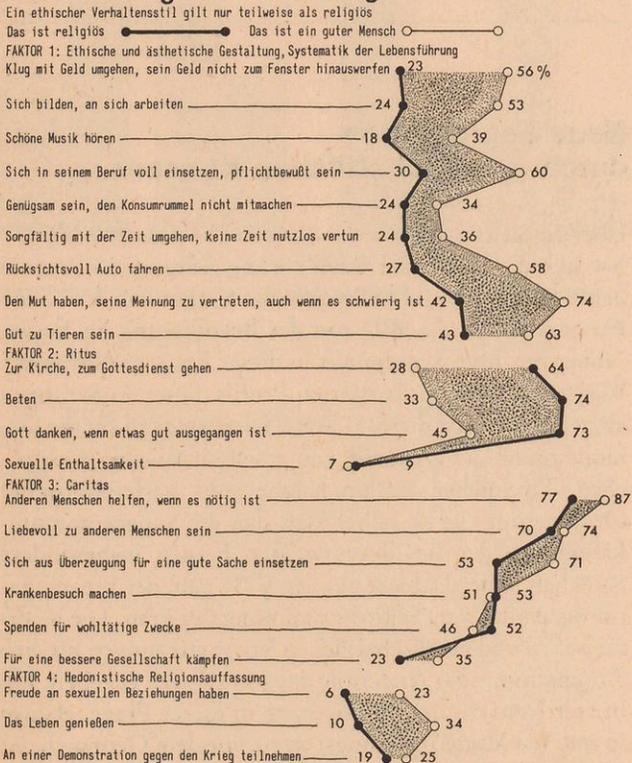
Produzent der legitimierenden Metasysteme der Kommunikation war bis zur Emanzipation der politischen Systeme *die Kirche*. Sie hatte, solange noch die Kaiser der Krönung durch die Päpste bedurften, das Legitimationsmonopol schlechthin. Die Emanzipation der gesellschaftlichen Subsysteme indessen – und wir können hier heute als die wesentlichen nennen Bildung, Produktion, Kommunikation, Politik und Religion – haben zu einer pluralistischen Produktion von Superkommunikationsmedien geführt. Die Produzenten von Metasystemen der Verständigung stehen dabei untereinander in einem Wettbewerb, der mindestens für einige der Beteiligten ein ungleicher Wettbewerb ist. Mit einer Geschwindigkeit, die in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen hat – das beweisen Trendumfragen –, werden Superkommunikationsmedien, die eine restriktive Bedeutung für das Handeln hatten, substituiert durch Verständigungsmittel, also Verhaltensregeln, die auf eine Ressourcenfreigabe hinauslaufen. Das wird besonders deutlich im Bereich der Sexualität. Die Verfügung über sich selbst ist insbesondere auch bei Frauen zum Code der Interaktion geworden. Diese Substitution traditionaler restriktiver Superkommunikationen durch liberalere oder, auch umgekehrt, die Entwicklung neuer asketischer Metasysteme der Kommunikation ist nur möglich durch erhebliche Ressourcen- und Machtverschiebungen. Die größere wirtschaftliche Autonomie, die größere Beweglichkeit der Gesellschaftsmitglieder, ihre Chancen, den Kontrollsystemen auszuweichen, die Möglichkeit der jugendlichen Subkultur, eigene Kommunikations- und Verständigungsmittel zu entwickeln, wie zum Beispiel die Popmusik, haben zugleich die Möglichkeit restriktiver Sozialisationssysteme außerordentlich stark eingeschränkt. Damit gerät der Sozialisationsprozeß in den Bereich der drei mächtigsten Institutionen, der formellen Erziehung, der Massenkommunikation und in späteren Phasen des Produktionssystems. Familie und Religion werden in ihrer Bedeutung als Sozialisationsträger relativiert. Der Machtverlust der Kirche, ihre Kontrolle der Mitglieder durch Zusammenschluß in Gemeinden, die symbolische Kontrolle der weiter Außenstehenden ist in den letzten Jahrzehnten in einem Maße zurückgegangen, wie das nach den Stabilitätsillusionen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg niemand für möglich gehalten hätte. Der Machtverlust der Kirche führt nun aber nicht zu einer Gesellschaft ohne Religion, sondern

zu einer Verschiebung der religiösen Problematik, zu einer Freisetzung der religiösen Motivation einschließlich dessen, was in der Bevölkerung an christlichem Denken durch religiöse Minimalerziehung erhalten geblieben ist. Die nichtinstitutionalisierten religiösen Orientierungssysteme und ihre dynamische Bedeutung für das politische Geschehen waren Gegenstand einer Serie religionssoziologischer Untersuchungen in der Bundesrepublik, über die hier unter dem Aspekt der Legitimation politischen Handelns gesprochen werden soll. (Institut für Demoskopie Allensbach: Religiöse Strömungen. Panel-Untersuchungen über nichtinstitutionalisierte Anschauungssysteme und den Transfer religiöser Orientierungen in die Politik. Zwei Bände. Allensbach 1975, 1976. Forschungsberichte des Autors.)

Außerkirchliche Anschauungssysteme als Metamedien

Die ressourcenreiche Gesellschaft hat Metasysteme der Kommunikation entwickelt, die neuartige Interaktionen und Tätigkeiten begründen, die von der Gesellschaft nicht nur akzeptiert werden, sondern zugleich als Norm für ein erfülltes Leben Geltung erlangt haben, wie etwa Reisen und die Welt erleben. Wer es nicht tut, zieht Bedauern auf sich. Diese Produktion einer neuen Moral steht zum größten Teil in deutlichem Kontrast zu dem, was Menschen als christliche Denktradition empfinden (vgl. Was ist christlich – was ist zeitgemäß und gut? Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1232, März 1974).

Was ist religiös – was ist gut?



Quelle: Allensbacher Archiv; Das ist religiös = IfD-Umfrage 1250/I, Mai/Juni 1975; Das ist ein guter Mensch = IfD-Umfrage 1250/II, August 1975.

Die Dimensionen der zeitgenössischen Verständigungsprozesse liegen im Gedanken der Partizipation, Teilhabe nicht nur an politischen Entscheidungen, sondern an den Gütern, an den Ressourcen, die Glück versprechen. Die Konturen des guten Menschen decken sich nicht mit denen des religiösen (Schaubild 2).

Damit treten außerkirchliche Anschauungssysteme im Sinne von Metamedien der Kommunikation in Sicht, die eine legitimierende Bedeutung für das politische Handeln gewinnen können.

Vier generelle Legitimationsmuster werden uns interessieren: 1. Die Kirche delegitimiert gesellschaftlich legitimierte Verhaltensweisen, 2. gesellschaftlicher Konsens begründet neue Legitimation, 3. Legitimation der Abkehr von der Kirche im christlichen Denken und 4. die Korepräsentation politischer Ziele durch die Kirche.

Anhand von vier empirischen Paradigmata aus der Bundesrepublik werden die Konsequenzen dieser Legitimationstypen für die Wahlentscheidung dargelegt. Es handelt sich um Untersuchungen aus den Jahren 1974 und 1975.

Delegitimation durch die Kirche und ihre politische Dynamik

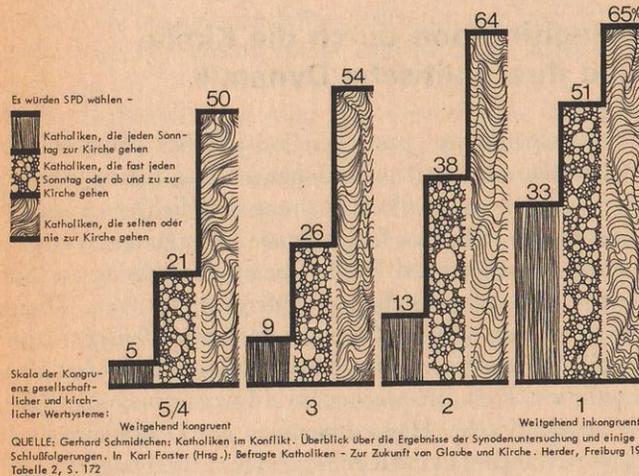
Wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt, Wachstum der Partizipationschancen und Lebensfreude, Freiheit auch in sexueller Beziehung sind die Dimensionen eines in den säkularen Institutionen verankerten Wertsystems, das stilprägend für die soziale Interaktion ist. So können Menschen sich und andere akzeptieren. Diese Werte werden nach Auffassung zahlreicher Menschen von der Kirche nicht nur nicht gedeckt, sondern behindert, delegitimiert. Dem entsprechen zwei Dimensionen der Kritik an der Kirche. Hauptdimension der Dissonanz: hier denke ich anders als die Kirche, sind Sexualität und geistige Freiheit. Kritisch gegen die Institutionen gewendet, bedeutet dies Kritik am Traditionalismus der Kirche und natürlich dann auch an den Machtstrukturen, vermöge derer die in den Augen der breiten Öffentlichkeit falschen Traditionen bewahrt werden. Bildet man im Anschluß an die Rosenbergsche Theorie eine Zweck-Mittel-Skala des Verhältnisses zur Kirche, so zeigt sich, daß dort, wo die Kirche eine hohe Wertinstrumentalität aufweist, die Beziehung zur Kirche eng und positiv ist; dort, wo die Wertinstrumentalität gering ist, finden wir Distanzierung und negativen Affekt. (Gerhard Schmidtchen: Zwischen Kirche und Gesellschaft. Forschungsbericht über die Umfragen zur Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Herder, Freiburg, Basel, Wien 1972, 1973; ders.: Gottesdienst in einer rationalen Welt. Religionssoziologische Untersuchungen im Bereich der VELKD. Calwer, Stuttgart/Herder, Freiburg, Basel, Wien 1973.)

Die Kongruenz der gesellschaftlichen Werte mit denen, die die Kirche repräsentiert, steht in einer sehr engen Verbindung mit der politischen Entscheidung. Darin kommt

nicht etwa nur zum Ausdruck, daß die, die in der Kirche die Repräsentantin ihrer Wertvorstellungen erblicken, gleichzeitig treue Kirchenmitglieder sind. Vielmehr macht sich der Einfluß der Kongruenz der Wertvorstellungen auch unabhängig vom Kirchenbesuch bemerkbar. Daß dieser Befund überhaupt zustande kommen kann, ist in der Tatsache zu erblicken, daß die Parteien im religiösen Sinn nicht neutral sind. Je mehr gesellschaftliche Wertvorstellungen an denen der Kirche orientiert sind, desto attraktiver wird für die deutschen Wähler die CDU/CSU. Je weniger die Kirche gesellschaftliche Werte vertritt, je mehr also Wähler an einer raschen Modernisierung der Gesellschaft interessiert sind, desto größer ist die Zahl der SPD-Wähler. Das gilt gleichermaßen für Protestanten und Katholiken. Oder anders ausgedrückt: Je stärker die Wertkonflikte mit der Kirche, desto attraktiver wird die Sozialdemokratie für die Kirchenbesucher ebenso sehr wie für die Kirchenfernen. Die Menschen verstehen sich von der Gesellschaft her und versuchen infolgedessen, sich von der Gesellschaft her zu gestalten.

Konflikte mit der Kirche begünstigen die Wahl der SPD

Schaubild 3



Delegitimation moderner Lebensstile durch die Kirche die politische Szene der Bundesrepublik Deutschland dynamisiert.

Politische Neigungen in Abhängigkeit von Wertorientierungen

Tabelle 1
Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bayern
VELKD-Protestanten ab 16 Jahre, die über ihre Parteiorientierung Auskunft geben

VELKD-Protestanten, die über ihre Parteiorientierung Auskunft gaben, insgesamt	Insgesamt	Skala der Kongruenz gesellschaftlicher und kirchlicher Wertsysteme			
		5, 4 Weitgehend kongruent	3	2	1 Weitgehend inkongruent
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden folgende Partei wählen:	%	%	%	%	%
CDU/CSU	35	53	39	30	21
SPD	57	42	54	62	71
F.D.P.	6	4	6	7	5
Sonstige Parteien	2	1	1	1	3
n = 1619	100	319	551	259	260
Kirchenbesuch: Jeden, fast jeden Sonntag, ab und zu	n = 632				
CDU/CSU	49	61	48	42	38
SPD	45	35	47	48	56
F.D.P.	6	3	5	10	6
Sonstige Parteien	2	1	1	1	3
n = 632	100	213	253	69	48
Kirchenbesuch: Selten	n = 657				
CDU/CSU	30	35	35	29	21
SPD	62	57	59	62	71
F.D.P.	6	7	6	6	4
Sonstige Parteien	2	1	1	1	4
n = 657	100	75	235	127	112
Kirchenbesuch: Nie	n = 330				
CDU/CSU	20	45	21	17	14
SPD	70	52	63	78	77
F.D.P.	6	x	11	3	5
Sonstige Parteien	4	3	5	2	4
n = 330	100	31	63	63	100

x = weniger als 0,5 Prozent
 QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1212, Sommer 1972

Neue Legitimation durch gesellschaftlichen Konsens

Über die *Stellungnahme der Kirchen zur Reform des § 218* hat sich die Hälfte der Bevölkerung geäußert, 53 Prozent der Protestanten und 43 Prozent der Katholiken. Von allen Parteien bekam die SPD von der Bevölkerung die besten Noten für ihren Standpunkt in dieser Frage (58 Prozent). Wegen des scharf polarisierten Profils dieser Äußerungen eignet sich gerade dieses Beispiel hervorragend für die Demonstration der Dynamik von gesellschaftlichen Ansprüchen, kirchlicher Stellungnahme und parteipolitischer Orientierung. Es ist sicher klar, daß die Superkommunikation, die der Bevölkerung, den Frauen insbesondere Rückhalt in der Debatte um den § 218 gab, der Emanzipationsgedanke war: Selbstbestimmung der Frau. Die medizinischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Abschaffung oder Änderung des § 218 waren gegeben. Ein breiter Konsens der Bevölkerung in dieser Frage, ebenso in anderen Modernisierungsfragen, wie dem Gebrauch der Pille durch junge Mädchen, war vorhanden und verlieh ein Gefühl der Legitimation, das jetzt nur noch einen starken

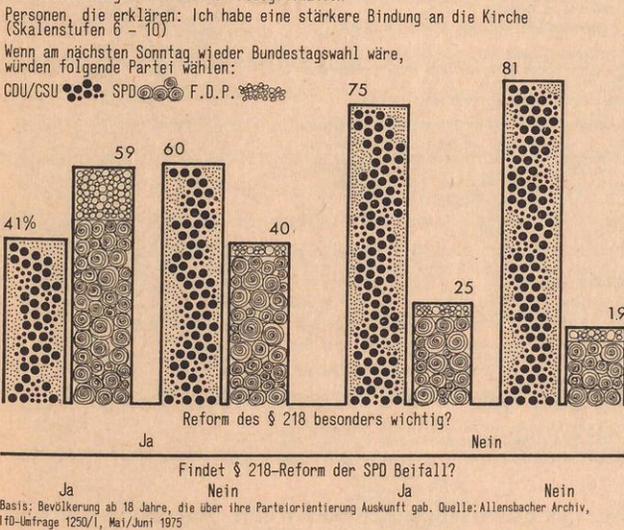
Sobald die neuen Werte und Lebensstile von der kirchlichen Institution *nicht mehr legitimiert* werden können, wenden sich die Wähler jener Partei zu, die das Versprechen mit sich führt, die Gesellschaft in Abkehr von traditionalem Denken zu größerer Humanität, persönlicher Autonomie und sozialer Gerechtigkeit zu entwickeln. Die Hinwendung zur SPD, insbesondere die unerwartete Hinwendung der Katholiken zur Sozialdemokratie im Jahr 1972, ist nicht das Ergebnis einer Entkirchlichung, sondern eines Konflikts mit institutionalisierter Religion, wobei sichtbar wurde, in welchem Umfang religiöse Ansprüche auf die Parteien übertragen werden. Die Delegitimation bestimmter Modernisierungsansprüche durch die katholische, zum Teil auch protestantische Kirche hat zunächst die Stellung der Kirche geschwächt. Bei einer vorwiegend intrinsischen Kontrolle des Kirchenbesuchs ist es möglich, aus dem relativ schwächeren System auszuwandern. Von der Kirche kann man sich zu geringeren Kosten entfernen als von der Gesellschaft. Unabhängig vom Rückgang der Kirchenbesucherzentralen aber hat die

politischen Anwalt brauchte. Diese Anwälte waren die SPD und die FDP.

Welche politischen Prozesse wurden nun durch die Delegitimierung der Kirche ausgelöst? Wir untersuchen den Vorgang bei Kirchentreuen und Kirchenfernen. Die Kirchentreuen gliedern sich danach, ob ihnen die Reform des § 218 besonders wichtig ist oder nicht. Auf der nächsten Stufe der Untergliederungshierarchie finden wir die politische Perzeption, ob die SPD in dieser Frage einen guten Standpunkt einnehme oder nicht. Kirchentreue, die die Reform des § 218 wichtig fanden und die zugleich der Auffassung waren, die SPD vertrete hier den richtigen Standpunkt, wählten entgegen dem Normalverhalten der Kirchentreuen zu 59 Prozent die Regierungskoalition SPD und F.D.P. Das ist um so bemerkenswerter, als die SPD sonst in dem kirchentreuen Bevölkerungssegment kaum Anhänger hat. Am stärksten kontrastieren zwei Gruppen: diejenigen, die der Kirche fernstehen und die Reform des § 218 wichtig finden und bei der SPD ihr Anliegen vertreten sehen; sie wählen zu 70 Prozent die Regierungskoalition, während die Kontrastgruppe: enge Bindung an die Kirche, Reform des § 218 ist unwichtig, und die SPD hat den falschen Standpunkt, zu über 80 Prozent die Oppositionsparteien CDU/CSU wählen.

Abtreibungsdebatte

Schaubild 4

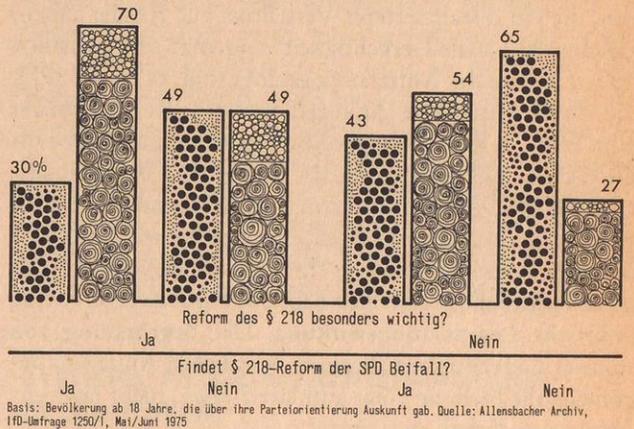


Die Delegitimierung eines gesellschaftlich akzeptierten Verhaltenskonzepts durch die institutionalisierte Religion führt unter Bedingungen einer flexiblen politischen Repräsentation nicht zur Festigung der Gläubigen gegenüber den modernen Anfechtungen, sondern zu *Gewissenskonflikten*, die durch Anlehnung an politische Organisationen reduziert werden. Das heißt praktisch: Die Macht der gesellschaftlich etablierten Interaktionssysteme und der Denkmuster, auf denen sie beruhen, ist stärker als die Macht der Institution, die einen Anschauungskonflikt auslöst. In dieser Situation führt eine delegitimierende Handlung der Kirche zu einer Schwächung der religiösen Institution, zu einer politischen Bewegung und damit tendenziell auch zu einer religiösen Aufladung der Politik.

Abtreibungsdebatte

Schaubild 5

Politische Folgen kirchlicher Delegitimation
 Personen, die erklären: Die Kirche bedeutet mir wenig (Skalenstufen 0 - 5)
 Wenn am nächsten Sonntag wieder Bundestagswahl wäre, würden folgende Partei wählen:
 CDU/CSU ●●● SPD ●●● F.D.P. ●●●



Legitimation der Abkehr von der Kirche

Je konfliktreicher das Verhältnis zur Kirche, desto weniger eindeutig wird durch kirchliche Bindung die parteipolitische Bindung festgelegt. Kann ein kirchentreuer Katholik bei bestimmten Wertkonflikten mit der Kirche umstandslos seine gesellschaftlichen und politischen Ansprüche bei einer Partei verwirklichen, die aus ihren Traditionen heraus nicht als unbedingt kirchenfreundlich gilt? Die Laien machen es ganz ähnlich wie die Priester. Wenn Priester Konflikte mit der Kirche haben, gehen sie auf die Quellen zurück, auf das Neue Testament vornehmlich, und beziehen daher eine Legitimation ihrer Kritik. (*Gerhard Schmidtchen: Priester in Deutschland. Forschungsbericht über die im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz durchgeführte Umfrage unter allen Welt- und Ordenspriestern in der Bundesrepublik Deutschland. Herder, Freiburg, Basel, Wien 1973.*) Die Laien gehen auf das zurück, was sie diffus als christliche Denktradition empfinden. Soziale Gerechtigkeit gilt 40 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik als zeitgemäß und gut, und 47 Prozent empfinden dieses Anliegen als christlich. Zeitgemäß, gut und gleichzeitig christlich erklären 26 Prozent.

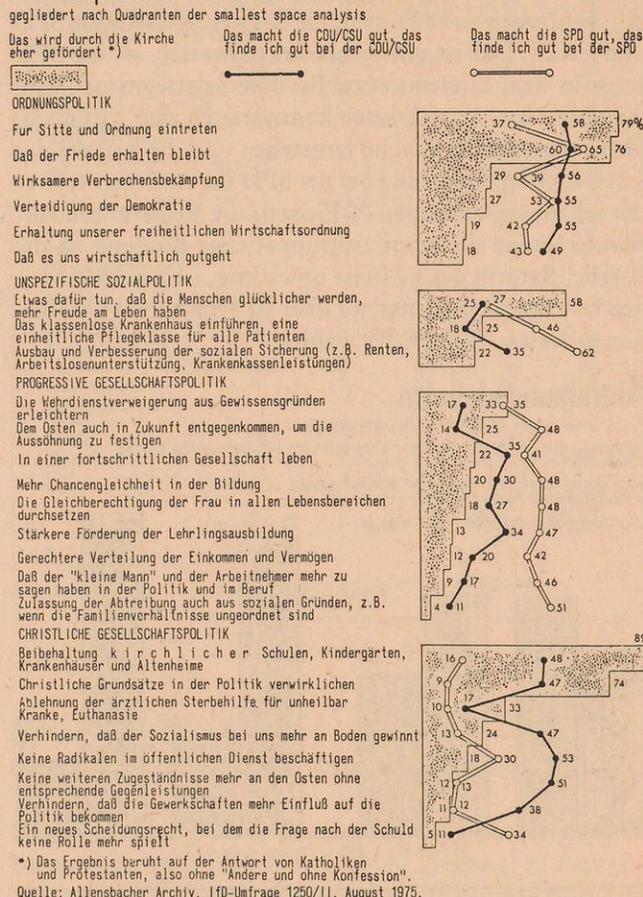
Betrachten wir zunächst das Verhalten der Kirchentreuen. (Als Index wurde hier genommen, wie gut die Kirche in unsere Zeit passe. Begründung siehe *Gerhard Schmidtchen: Religiöse Legitimation im politischen Verhalten. Wandlungen und Motive im Wahlverhalten der Katholiken.* In: *Anton Rauscher (Hrsg.): Kirche - Politik - Parteien.* J. P. Bachem, Köln 1974, S. 57-103, hier insbesondere S. 96.) Kirchentreue, die soziale Gerechtigkeit als zeitgemäß und christlich betrachten und die durch den Strom politischer Nachrichten den Eindruck gewonnen haben, die SPD setze sich für soziale Gerechtigkeit ein, wählen entgegen aller Wahrscheinlichkeit zu 59 Prozent die Regierungskoalition und zu 40 Prozent die CDU/CSU. Diejenigen jedoch, denen soziale Gerechtigkeit

keit ebenso ein christliches Anliegen ist, aber die nicht der Auffassung sind, die SPD setze sich für soziale Gerechtigkeit ein, wählen zu 76 Prozent CDU/CSU. Die stärkste Wählergruppe der Regierungskoalition findet sich bei denen, die ein distanzierteres Verhältnis zur Kirche haben, gleichwohl soziale Gerechtigkeit zeitgemäß und christlich finden und zu der Auffassung gelangt sind, es sei die SPD, die dieses christliche Anliegen vertrete. Zu 74 Prozent wird hier die Regierungskoalition gewählt, zu 25 Prozent die CDU/CSU. Das heißt: Mit christlichen Motiven, mit christlicher Legitimation kann von Kirchentreuen, auch von kirchentreuen Katholiken, eine Partei gewählt werden, die nicht notwendigerweise christliche Motive hat. Auch im außerkirchlichen Bereich haben christliche Motive eine politische Legitimationswirkung. Die Begründung von sozialer Gerechtigkeit als eines christlichen Anliegens begünstigt die Stellung einer aufklärerischen, nicht notwendigerweise christlichen Partei.

Korepräsentation politischer Ziele durch die Kirche

Wieweit wirkt sich die gleichzeitige Repräsentation politischer Ziele durch die Kirchen und durch die Parteien auf die Wahlentscheidung aus? Um darüber etwas zu erfahren, wurden Rufprofile der Parteien ermittelt und in einem weiteren Durchlauf, welche politischen Ziele gleichzeitig von der Kirche repräsentiert werden. Die Ergebnisse sind in Schaubild 8 dargestellt.

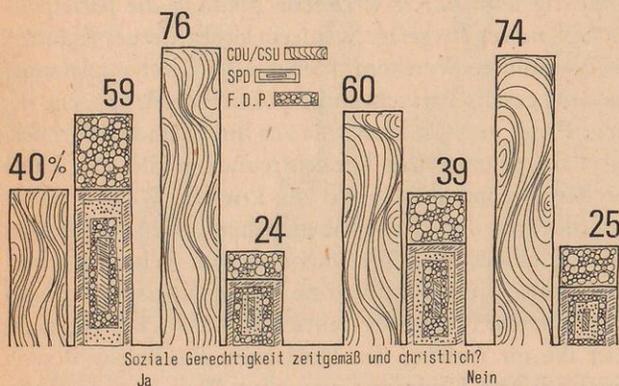
Politische Repräsentation durch die Kirche im Vergleich zu den Rufprofilen von CDU/CSU und SPD



Zur religiösen Legitimation politischen Verhaltens

Personen, die der Ansicht sind, die Kirche passe gut in unsere Zeit (Skalenstufen 6 - 10)

Wenn am nächsten Sonntag wieder Bundestagswahl wäre, würden folgende Partei wählen:

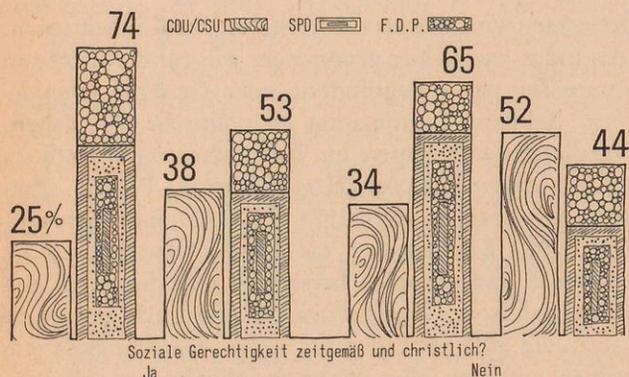


Basis: Bevölkerung ab 18 Jahre, die über ihre Parteiorientierung Auskunft gab. Quelle: Allensbacher Archiv, 110-Umfrage 1232, März 1974

Zur religiösen Legitimation politischen Verhaltens

Personen, die der Ansicht sind, die Kirche passe schlecht in unsere Zeit (Skalenstufen 0 - 5)

Wenn am nächsten Sonntag wieder Bundestagswahl wäre, würden folgende Partei wählen:



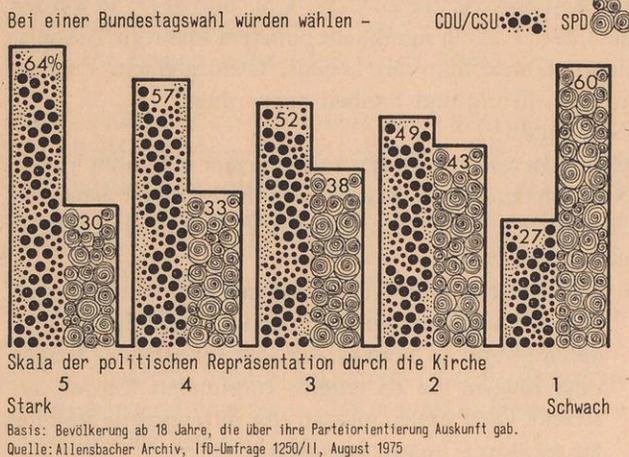
Basis: Bevölkerung ab 18 Jahre, die über ihre Parteiorientierung Auskunft gab. Quelle: Allensbacher Archiv, 110-Umfrage 1232, März 1974

Aus den Daten läßt sich zunächst eine Skala bilden, in welchem Maße wichtige politische Werte durch die Kirche mitrepräsentiert werden. Je mehr Wähler der Auffassung sind, daß die Kirche politische Anliegen, die ihnen wichtig sind, mitrepräsentiert, desto mehr wählen sie CDU/CSU. Besonders deutlich ist dieser Zusammenhang bei den Kirchentreuen und Kirchenfernen. Eine Korepräsentation der Kirche wirkt auf die Kirchentreuen bestärkend. Für die Kirchenfernen signalisiert die Kirche auf diese Weise eine Orientierungshilfe, erleichtert das Diskriminieren zwischen den Parteien. Wo die CDU/CSU indessen selbst kein klares Bild gibt (Mittelposition), dort scheint die Entscheidung nach anderen Kriterien zu fallen (Schaubild 9, S. 607).

Besonders bei denen, die der Auffassung sind, die CDU/CSU vertrete kirchliche Werte nur schwach, han-

Schaubild 9

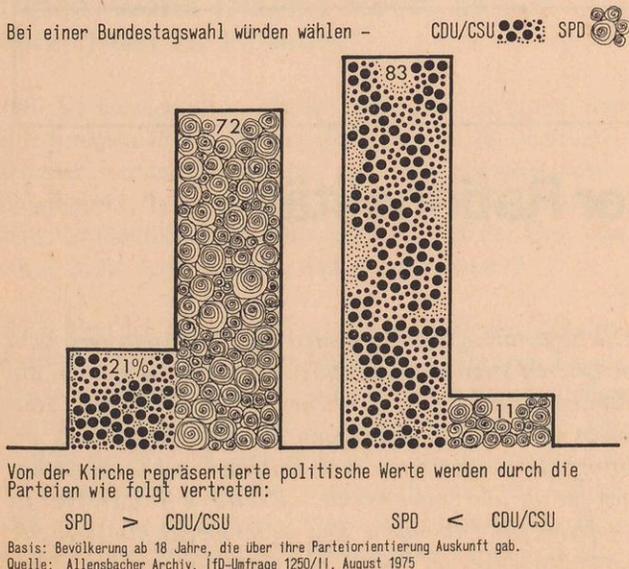
Korepräsentation politischer Werte durch die Kirche und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung



delt es sich vielfach um Wähler, die von ihrer politischen Identität her dieser Partei auch nicht sehr nahestehen. Sobald die Kirche aber als Repräsentantin interessanter politischer Werte betrachtet wird, um so mehr wird CDU/CSU gewählt, auch wenn das durch die politische Identität, durch die party identification nicht abgedeckt ist. Hier handelt es sich um einen Generalisierungseffekt, der wahrscheinlich über die Vorstellung läuft, daß die CDU/CSU religiösen Anliegen, religiöser Motivation gegenüber nicht verschlossen ist. Aufregender noch als die positive Korrelation zwischen kirchlicher Korepräsentation politischer Werte und der Neigung, CDU/CSU zu wählen, ist die Beobachtung, daß zahlreiche Wähler gerade auch der SPD die Vertretung kirchlicher Werte zuordnen. Sobald die Wähler der Auffassung sind, daß die SPD von der Kirche repräsentierte Werte stärker vertrete als die CDU/CSU, wird zu 72 Prozent SPD gewählt, im umgekehrten Falle orientieren sich die Wähler zu 83 Prozent zur CDU/CSU.

Zur kirchlichen Legitimation politischer Werte

Schaubild 10



Die Korepräsentation politischer Werte durch die Kirche hat einen großen Einfluß auf die politische Orientierung im Verein mit dem religiösen Image der Parteien. Je kongruenter die politischen Ziele einer Partei mit denen der Kirche erscheinen, desto konsequenter wenden sich die Wähler diesen Parteien zu, und das heißt auch: sie wenden sich der Sozialdemokratie zu, wenn sie in ihr die echte Wahrerin von Werten erblicken, die auch von der Kirche repräsentiert werden, wie Friede, Sitte und Ordnung, für das Lebensglück der Menschen eintreten, einen sinnvollen Standpunkt in der Frage der Wehrdienstverweigerung einnehmen, christliche Grundsätze in der Politik verwirklichen. Es ist allem voran das Friedensthema gewesen, das der SPD religiös motivierte Wähler zugetragen hat.

Transfer religiöser Orientierungen in die Politik

Das Verhalten kirchlicher Institutionen, die Legitimierung und Delegitimierung von Verhaltensansprüchen dynamisiert die Politik. Durch die Delegitimierung von Modernisierungsansprüchen werden Anschauungskonflikte mit etablierten Metasystemen der Kommunikation erzeugt, auf denen gesellschaftliche Verhaltensstile beruhen. Dadurch werden religiöse Motive einschließlich einer institutionell nicht mehr gedeckten Volksreligiosität frei für neue Organisationsformen. Das äußert sich im Wachstum der Sekten nicht nur, sondern auch in der quasireligiösen Gestik und Thematisierung der Wahlkämpfe, die die modernen politischen Parteien führen. Delegitimierung von gesellschaftlichen Gestaltungsansprüchen durch die Kirche führt damit zu einer religiösen Aufladung der Politik. Der Transfer religiöser Orientierungssysteme ist an eine Reihe von individuellen und institutionellen Voraussetzungen geknüpft.

Zunächst zu den individuellen Voraussetzungen: Ein Transfer sehr spezifischer, also zum Beispiel religiöser Motivsysteme in andere Bereiche ist möglich, weil sich die Wirkungen von erlernten Dispositionen nicht auf die Bedingungen, nicht auf den sozialen Kontext beschränken, unter dem sie erlernt wurden. Dafür sind hauptsächlich drei Gründe verantwortlich: 1. Die Motivsysteme erlangen funktionelle Autonomie, werden unabhängig von den Sozialisationsträgern; 2. erlernte Verhaltensweisen und Bewertungen haben einen Generalisierungseffekt; 3. wirksam internalisierte Gewohnheiten sind löschungsresistent. Wenn die üblichen sozialen Objekte, auf die sich Denkgewohnheiten oder Motive beziehen, nicht mehr akzeptabel sind, werden sie durch andere soziale Objekte oder Ziele substituiert.

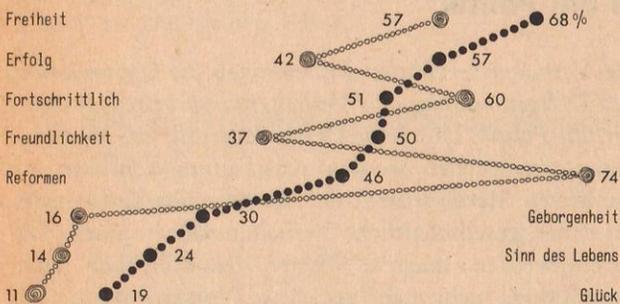
Zu den institutionellen Voraussetzungen: Wenn eine religiöse Institution alle wesentlichen Gestaltungs- und Kommunikationsbedürfnisse deckt, besteht kaum ein Anlaß für einen Transfer religiöser Orientierungen. In einem pluralistischen System sinkt die Wahrscheinlichkeit, daß institutionalisierte Religion alle wesentlichen Gestaltungs-

und Kommunikationsbedürfnisse befriedigen kann. Das Individuum unterliegt der Kontrolle konkurrierender Sozialisationssysteme, und das heißt praktisch, daß die Anschauungssysteme zum Synkretismus tendieren. (*Gerhard Schmidchen*: Irrational durch Information. Paradoxe Folgen politischer Massenkommunikation. In: *Reimann* (Hrsg.): Information. Wilhelm Goldmann, München. Herbst 1976.) Sobald das der Fall ist, können Motivsysteme von den verschiedensten Seiten her in Anspruch genommen werden. Das ist eine der wesentlichen institutionellen Voraussetzungen für einen Transfer von ursprünglich religiösen Anschauungssystemen in andere Bereiche.

Schaubild 11

Quasireligiöse Imagekomponenten der Parteien

Bei den nachstehenden Begriffen könnte man denken an die - CDU/CSU ●●● SPD ○○○○



Quelle: Allensbacher Archiv, 110-Umfrage 3030, Juni 1976

Eine zweite wesentliche Voraussetzung muß das politische System liefern. Die Parteien müssen eine religiöse Dimension der Parteienkonkurrenz entwickeln. In der religiösen Dimension der Parteikonkurrenz geht es um etwas Anthropologisches, um das Menschenbild, das die Parteien ihrer Politik zugrunde legen. Diese Dimension könnte nach der Komplexität des Menschenbildes gebildet werden und von einem Transzendenzpol bis zu einem vordergründig rationalistischen Pol laufen, wobei unter Tran-

szendenz verstanden werden kann, daß der Mensch nicht in seinen sozialen Bezügen aufgeht. Daß tatsächlich eine solche Dimension der Parteienkonkurrenz existiert, zeigen Assoziationstests zu CDU/CSU und SPD: So werden der CDU/CSU in signifikant höherem Maße die Assoziationen Glück, Sinn des Lebens, Geborgenheit, Freundlichkeit, Erfolg und Freiheit zugeordnet. (Schaubild 1).

Man redet also von den Parteien in einer religiösen Topik. Nunmehr lassen sich Regeln formulieren, unter denen der Transfer religiöser Orientierungen in die Politik besonders lebhaft sein wird:

1. Die Konstitutionsregel: Es müssen wirksame religiöse Institutionen vorhanden sein und gleichzeitig Parteien, deren politische Konkurrenz sich auf religiöse Fragen oder Fragen, die als religiös empfunden werden, erstreckt. Die Parteien müssen eine differentielle Stellung zu religiösen Fragen beziehen.
2. Je ausgeprägter die religiöse Parteienkonkurrenz, desto stärker die Rate des religiösen Transfers in die Politik.
3. Je konfliktreicher die Stellung der Kirche zur Gesellschaft, desto größer die Rate eines religiösen Transfers, der den Zielen der religiösen Organisationen entgegengesetzt ist.
4. Je größer die Relevanz der religiösen Lehren und des religiösen Erlebens für die Stilisierung und Bewältigung von Alltagsproblemen, desto größer wird der religiöse Transfer in die Politik sein.
5. Je mehr politische Gestaltungsprobleme indirekt durch die Kirche repräsentiert werden, desto mehr wird es zu einem kongruenten Transfer religiöser Probleme in die Politik kommen.

Die Legitimierungskonkurrenz institutionalisierter Religion mit anderen Produzenten von Legitimität führt im Verein mit einer lebhafter werdenden Parteienkonkurrenz in der religiösen Dimension zu einer wachsenden politischen Dynamik von möglicherweise hoher Veränderungsenergie.

Gerhard Schmidchen

Interview

Kult im Zeitalter technischer Rationalität

Ein Gespräch mit Prof. Richard Schaeffler

Dem ständigen Sinken der Zahl der Gottesdienstbesucher steht vielfach eine Unsicherheit von Kirche und Theologie gegenüber, verständlich zu sagen, was der Gottesdienst für den Menschen bedeutet. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß die Frage nach dem Sinn des Gottesdienstes bzw. des öffentlichen Kultes nur im Rahmen einer Auseinandersetzung um unsere Gesamtvorstellung von Mensch und Welt sachgerecht beantwortet werden kann.

Die Behandlung dieser Themen führt einerseits weg vom peripheren Streit um die Liturgiereform (oder gar um die Konstruktion eines angeblichen Zusammenhangs zwischen ihr und dem Rückgang der Besucherzahlen), erbringt aber andererseits auch Kriterien und Orientierungen für die liturgische Praxis. – Richard Schaeffler ist Professor für Philosophie und philosophisch-theologische Grenzfragen an der Ruhr-Universität Bochum. Unter sei-